

19. Wahlperiode

Dringlicher Antrag

der Fraktion der CDU

Einen zentralen Fahrplan im Bereich Kita und Schule für die ankommenden minderjährigen Flüchtlinge aus der Ukraine

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, unverzüglich einen zentralen Fahrplan für die Begleitung, Betreuung und Beschulung Minderjähriger aus der Ukraine aufzustellen. Besondere Berücksichtigung sollen dabei die Unterbringung, die Traumatisierung, die Sprachbarriere, der Impfstatus und nicht zuletzt die bereits jetzt vielfach überbelegten Kitas und Schulen finden.

Eine Task Force mit Experten aus allen Bereichen der Flüchtlingshilfe muss dafür sorgen, dass alle Maßnahmen rechtzeitig, ausreichend und adäquat getroffen werden. Unter den ankommenden Erwachsenen soll eine Abfrage zu den Berufsgruppen erfolgen, damit ggfs darüber der Einsatz von Sprachmittlern mit Fachexpertise ermöglicht werden kann. Gleichzeitig müssen insbesondere unter dem Augenmerk der immer noch anhaltenden Pandemie in jedem Bezirk Impfangebote unkompliziert zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus muss eine Raum- und Personalakquise für die ankommenden Kinder und Jugendlichen betrieben werden. Um schnellstmöglich ein Kita- und Schulangebot für die ankommenden minderjährigen Flüchtlinge sicherzustellen ohne bestehende Strukturen zu überfordern, ist auch die zentrale Betreuung und Beschulung in großen Einrichtungen zu prüfen. Damit könnte die knappe Ressource an Sprachmittlern für viele Kinder und Jugendliche nutzbringend eingesetzt werden.

Begründung

In der Sitzung des Bildungsausschusses am 3. März 2022 konnte die Bildungsverwaltung auf Nachfrage kein schlüssiges Konzept vorlegen, wie die Betreuung und Beschulung von minderjährigen Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine in Berlin organisiert werden wird. In den folgenden Tagen hat Putins Angriffskrieg auf die souveräne Ukraine dort zu einer humanitären Katastrophe geführt, die Berlin zum Anlaufpunkt Tausender Kriegsflüchtlinge gemacht hat. Der Krieg in der Ukraine sorgt für Entsetzen auf der ganzen Welt. Insbesondere Frauen und Kinder haben sich auf den Weg gemacht und ihr Heimatland verlassen. Berlin und seine Bürgerinnen und Bürger reagieren geschlossen solidarisch und mit breiter Unterstützung.

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass insbesondere die Kinder und Jugendlichen aus Krisen- und Kriegsgebieten eine behutsame, alters- und situationsgerechte Betreuung und Begleitung benötigen. Deshalb ist es zwingend geboten, bereits jetzt und gemeinsam mit allen demnächst zuständigen und verantwortlichen Akteuren konkret zu planen, wie eine Betreuung von Kita-Kindern und eine Beschulung von schulpflichtigen Kindern in Berlin aussehen kann. Es darf auf keinen Fall passieren, dass unkoordinierte Verfahren zu einem Wildwuchs an Entscheidungen führen. Entscheidungswege und Verfahren müssen transparent, koordiniert und nachvollziehbar sein.

Berlins Kitas und Schulen befinden sich seit zwei Jahren in einem Ausnahmezustand und bewältigen bereits eine Vielzahl an Herausforderungen. Dazu zählen überfüllte Gruppen und Klassen, Personalmangel sowie vielfältige Folgen der Corona-Pandemie sowohl im schulischen als auch sozial-emotionalen Bereich. Durch eine rechtzeitige Personal- und Raumakquise soll das enorme Konfliktpotential einer unkontrollierten und mit Ressourcen nicht unterlegten zusätzlichen Aufgabe der Betreuung und Beschulung von traumatisierten Kriegsflüchtlingen vermieden werden.

Die Überlegung der Regierenden Bürgermeisterin („Wenn in jeder Klasse ein zusätzlicher Stuhl steht für ein Kind mit entsprechender Ausstattung, ist das zu verkraften.“) ist quantitativ und qualitativ realitätsfern. Er bildet die tatsächliche Anzahl an zu beschulenden minderjährigen Flüchtlingen nicht ab und wird qualitativ weder ihren Bedarfen noch denen der Klassengemeinschaften gerecht.

Berlin, 9. März 2022

Wegner Günther-Wünsch
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU